

StaVo

Aktuell

Ausgabe 3 | 2018

V.i.S.d.P.: Michael Siebel, SPD Fraktion Darmstadt, Wilhelminenstr. 7a, 64283 Darmstadt
Umsetzung: Torsten Friedrich Kommunikation, Wilhelminenstr. 7a, 64283 Darmstadt

DARMSTADT
FRAKTION

SPD



Auf ein Wort vorweg: Wenn's nicht Recht ist: „keine Aussagekraft“ **Liebe Genossinnen und Genossen,**

in der jüngsten Sitzung unseres Stadtparlaments bekamen wir vorgeführt, wie CDU und Grüne mit Zahlen umgehen, die sie schlecht dastehen lassen.

Ende 2015 hatte der grüne OB angekündigt, binnen fünf Jahren 10.000 neue Wohnungen zu bauen. Jetzt, nach rund zweieinhalb Jahren, zog unser Fraktionsmitglied Tim Huß eine Halbzeitbilanz. Ergebnis: Bisher sind gerade mal 908 Wohnungen gebaut. Ein großer Aufschrei ging daraufhin durch den Sitzungssaal. Allerdings nicht wegen des miserablen Zwischenstands. Grund für die Aufregung war die von Tim genannte Zahl. Sie wurde als suspekt verworfen. Es gipfelte in dem Vorwurf, Tim provoziere damit „soziale Unruhen“. Dabei hätte Grün-Schwarz diese Zahl – 908 Woh-

nungen gebaut – durchaus wiedererkennen müssen. Denn was sie da als „Luftnummer“ diskreditierten, stammt aus einem Dokument des Stadtplanungsamtes. Dabei handelt es sich um ein Papier, das alle Wohnungsbau-Projekte auflistet, vom Status „in Planung“ über „in Bau“ bis „fertiggestellt“. Und fertiggestellt sind derzeit eben nur die genannten 908.

Als wir unsere Quelle nannten, kam der Kommentar, die Zahl habe „keine Aussagekraft“. „Keine Aussagekraft“, das kennen wir ja schon als Einwand gegen den Bericht des Statistischen Bundesamtes, aus dem hervorgeht, dass Darmstadt die am höchsten verschuldete Stadt in ganz Deutschland ist. Dass dies nun aber auch bei eigenen Erhebungen gilt, das hat

ein Geschmäcke. Alle Achtung.

Was sonst noch in der Stadtverordnetenversammlung passierte, erfahrt Ihr auf den folgenden Seiten.

Viel Spaß beim Lesen unserer neuen „StaVo aktuell“.

Euer

Michael Siebel
Fraktionssprecher



Digitalstadt

Brigitte Zypries: So wird das nicht gelingen

Im August vergangenen Jahres hatten wir einen Ethik- und Technologiebeirat für die Digitalstadt GmbH gefordert. In der jetzigen Sitzung wurde das Stadtparlament über seine Errichtung informiert. Über 30 Personen werden dem Beirat angehören, auch jede Fraktion aus dem Stadtparlament entsendet eine. Von uns geht Brigitte Zypries, die in der Sitzung deutliche Kritik an der Konstruktion äußerte.

„Wir wollen, dass das Digitalstadt-Projekt ein Erfolg wird“, bekräftigte Zypries. „Aber dazu gehört etwas mehr, als die Darmstädter Einzelhändler ein Jahr lang kostenlos bei Ebay auftreten zu lassen. So etwas als Erfolg zu verkaufen- damit macht sich die Stadt doch nur lächerlich.“

Zypries monierte in ihrer Rede zudem, dass der vorgesehene Ethik- und Technologiebeirat keinerlei

Mitglieder aus dem Bereich Arbeit habe. Zwar seien Friedens- und Konfliktforscher, Soziologen und evangelische Theologen in dem Beirat vertreten, aber weder Gewerkschaftler noch Wissenschaftler, die sich mit der Zukunft der Arbeit auseinandersetzen. „Das geht gar nicht“, meinte sie.

Wie Zypries kritisierte, hat der Magistrat die Chance zur Abstimmung mit dem Parlament über die Mitglieder des Beirats vertan. „Wir als Parlament werden nicht mitgenommen. Stattdessen kriegen wir etwas vorgesetzt“, bemängelte sie. Dabei wolle das Parlament den Erfolg des Projekts- dafür bedürfe es aber auch seiner Beteiligung. „Aber so, wie das hier angelegt ist, wird das nicht gelingen. Und das finde ich sehr schade.“ (bz/uf)



Foto: Tina Fischer





Pflege
Sabine Heilmann: SPD begrüßt Fortschreibung des Demografiekonzeptes im Bereich der Altenhilfe sowie die Erstellung und Überlegungen im Pflegebedarfsplan 2018-2025



Foto: Tina Fischer

Viele Medien sprechen derzeit vom neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und dem Pflegenotstand, der in Städten unterschiedlich groß ist. Da die Nachfrage nach professioneller Pflege aufgrund des Bevölkerungswachstums der über 75 Jährigen wächst, ist die Altenpflege eine Wachstumsbranche für künftige Pflegeberufe.

Die Entwicklung von kommunalen Pflegeleitbildern ist die Basis eines guten täglichen pflegerischen Handelns entsprechend dem Konzept „selbstbestimmt älter werden aus dem Jahr 2006“. In diesem Sinne begrüßen wir die demografischen Handlungsempfehlungen und ihre Netzwerkausrichtung in dem Pflegebedarfsbericht.

Er zeigt vorzeigbar die Bedarfseinschätzung und die auf die städtischen Quartiere bezogene Auslastung

im Bereich der Vollzeit- und teilstationäre Pflege, Kurzzeitpflege sowie im Bereich der Hospiz- und Palliativdienste, erklärt die Stadtverordnete Sabine Heilmann als Mitglied des Sozialausschusses.

Das Menschenbild hat viele Facetten und ist Abbild der verschiedenen Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund innerhalb der Einrichtungen und das Leistungsangebot für die Bewohner/Innen ist breit gefächert vom Betreuten Wohnen bis zu ambulanten Wohngemeinschaften, zum Beispiel für Demenzkranke. Die ambulante

Versorgung scheint laut dem Bericht in Darmstadt quantitativ ausreichend zu

sein, aber der Blick geht zu Recht auch in die stärkere Sozialraumorientierung für psychisch erkrankte Menschen. Wir hoffen, dass seitens der Bundespolitik noch mehrere Pflegestärkungsgesetze verabschiedet werden, die die Angebote für die Pflege bezahlbarer und attraktiver machen in unserem Land. (sh)





Kostensteigerung – Kanalbau Heidelberger Straße Oliver Lott: Das ist so nicht akzeptabel



Foto: Tina Fischer

Die Serie zur Kostensteigerung wurde von Grün-Schwarz auch bei der jüngsten Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt. Aktuelle Folge: Der Kanalneubau sowie Schachtneu- und -umbau in der Heidelberger Straße. Es wird um eine dreiviertel Million teurer, als noch Ende November kalkuliert. Wir waren nicht bereit, diese Mehrkosten abzunicken.

„Der Kanalneubau steht für uns außer Frage“, bekräftigte Oliver Lott, unser baupolitischer Sprecher. „Wir sind aber nicht willens, andauernd Mehrkosten abzugeben, die in Darmstadt unter Grün-Schwarz immer wieder –unvorhersehbar und unabwendbar – vom Himmel fallen“, erläuterte Lott unser Abstimmungsverhalten.

Für uns steht fest: Diese Kostensteigerung, immerhin 13,5 Prozent innerhalb weniger Wochen, lässt sich nicht allein mit der Teurungsrate im Bausektor begründen. „Diese Argumentation der verantwortlichen Grünen Baudezernentin ist fadenscheinig und läuft darauf hinaus, sich von jeglicher Verantwortung rein zu wa-

schen“, meinte Lott.

Bereits im Dezember hatte das Stadtparlament die Arbeiten beschlossen. Kalkulierte Kosten damals: 5,6 Mio. Euro. Diesen Betrag weist die zugrunde liegende Magistrats-Vorlage, datiert vom 28. November 2017, aus. Wegen der Mehrkosten gab es nun eine neue Magistrats-Vorlage. Sie datiert vom 13. April 2018. Darin heißt es: „Die Submission vom 27.03.2018 ergab für den Kanalbaum Mehrkosten (...) von 750.000 Euro.“ Diese Mehrkosten werden als „unvorhersehbar“ beschrieben. Weiter wird geschrieben: „Bei vergleichbaren Projekten und Angeboten im letzten Jahr wurde deutlich, dass zurzeit oftmals eine Kostenberechnung aufgrund der Marktsituation nur ungenau die Angebotssituation abbilden kann.“

Dies ist aus unserer Sicht durchaus als Eingeständnis zu bewerten. „Umso erstaunlicher ist es, dass diesem Eingeständnis keine Einsicht folgt“, ärgerte sich Lott. „Oder warum wurde unser Vorschlag, einen Risikozuschlag in Höhe

von 10 Prozent einzuplanen, im Bau-Ausschuss abgelehnt?“ Darüber hinaus kritisierte er, dass „Risikozuschläge“ in Darmstadt meist voll ausgeschöpft würden und der Finanzrahmen trotzdem gesprengt würde. „Das zeigt, dass der Begriff des Risikozuschlags bei uns nichts wert ist.“

Nachdem der Magistrat der Auffassung ist, dass Kalkulationen zur Zeit „nur ungenau“ ausfallen können, fragt sich für uns auch, warum nicht von vornherein konservativer gerechnet wird und höhere Preise veranschlagt werden. Lott: „Die aktuelle Praxis erinnert an Salami-Taktik. Das ist so nicht akzeptabel.“ (tf)





Wohnungsbau

Tim Huß: Wir brauchen eine Wohnungsbauoffensive in Breite und Höhe



Foto: Tina Fischer

Zu langsam, zu verzagt: Mehr Tempo, mehr Entschlossenheit – das verlangt die SPD-Fraktion beim Wohnungsbau. „Ansonsten bleiben die 10.000 Wohnungen, die Grün-Schwarz bis 2020 versprochen hat, Luftschlösser“, meinte Tim Huß. Im Rahmen der „aktuellen Stunde“ zum Wohnungsbau, die wir beantragt hatten, forderte er eine Wohnungsbauoffensive in der Breite und in der Höhe.

Am Jahresende haben gute Vorsätze Hochkonjunktur. Und ein guter Vorsatz war es allemal, den der grüne OB Ende 2015 vollmundig verkündet hat. Bis 2020, so sagte er, sollen 10.000 Wohnungen gebaut werden. Mehrfach wurde dieses Ansinnen wiederholt. So hieß es etwa auf einem Wahlkampfplakat der Grünen 2016: „Bauen statt Reden. 10.000 neue Wohnungen bis 2020.“ Im Koalitionsvertrag zwischen Grünen und

CDU findet sich schließlich der Satz: „Darmstadt lebenswert gestalten und 10.000 Wohnungen bauen.“ Doch wie sind solche Aussagen zu interpretieren? Der Oberbürgermeister selbst gab am 22. Februar 2017 die Deutung vor. Seine Worte: „Wenn wir sagen, wir wollen bis 2020 10.000 neue Wohnungen bauen, dann ist das nicht nur eine als Richtschnur dienende politische Forderung, sondern vor allem eine Erkenntnis aus der Beobachtung des Wohnungsmarktes und der dynamischen Entwicklung unserer Stadt.“

Wir dürfen also festhalten, dass 2015 versprochen wurde, 10.000 neue Wohnungen bis 2020 zu bauen. Seither sind zweieinhalb Jahre verstrichen. Ziehen wir die Halbzeitbilanz. Wie viele Wohnungen wurden denn bislang tatsächlich gebaut? Laut einer Liste aus dem Stadtplanungsamt gerade mal

908. „Das ist weniger als ein Fünftel dessen, was angesichts der hohen Ziele zu erwarten war“, meinte Huß. Für ihn ist das gerade deshalb besorgniserregend, weil er dem Oberbürgermeister Recht gibt in der Analyse: „Wir brauchen 10.000 Wohnungen, um der dynamischen Entwicklung Darmstadts Rechnung zu tragen.“ Huß kritisierte die grün-schwarze Stadtregierung jedoch in der Umsetzung. „Angesichts der Zahlen müssen wir festhalten: Mit dem jetzigen Tempo werden wir bis 2020 8.000 Wohnungen zu wenig bauen und da ist ein Alarmsignal für die Dynamik unserer Stadt.“ Zwar ist nach Huß Einschätzung das Einlösen





des Wahlversprechens von 10.000 neuen Wohnungen heute schon unmöglich. Trotzdem, oder gerade deswegen, müsse gehandelt werden. „Wir müssen gegensteuern. Was wir brauchen, ist eine Wohnungsbauoffensive in der Breite und in der Höhe“, meinte er. In der Breite geht es für uns vor allem um die zügige Erschließung der Kasernenflächen. Dabei setzen wir auf so genannte „städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen“. Mit diesem Instrument haben andere Städte viel schneller, viel günstiger Kasernenflächen entwickeln können. „Diese anderen Städte haben erkannt, was auch die Stadtregierung erkennen muss: Die BIMA ist nicht unser Freund. Die BIMA vertritt knallharte Profitinteressen und schert sich einen Dreck um die Wohnungsprobleme in Darmstadt“, sagte Huß. „Wir müssen mit der BIMA nicht kuscheln. Wir haben die Möglichkeit, die BIMA zum Verkauf zu zwingen

und zwar zu fairen und angemessenen Preisen.“ Huß zufolge sind die Kasernen nicht für den Bund, sehr wohl aber für die Stadt relevant. „Deshalb sollten wir holen, was uns gehört, und zügig Wohnungen auf den Kasernenflächen bauen.“

Hierbei sollte stärker auf Konzeptvergaben gesetzt werden. Der Verkauf des ehemaligen EAD-Geländes hat leider gezeigt: nicht das beste und sozialste Konzept bekommt den Zuschlag, sondern der Meistbietende. Hierzu Huß: „Davon müssen wir wegkommen. Bei einer Konzeptvergabe muss das wichtigste Vergabekriterium sein: Wer am meisten Wohnungen baut und die fairsten Mieten verlangt, darf in Darmstadt loslegen.“

Gleichzeitig bedarf es einer Wohnungsbauoffensive in der Höhe. Auf Darmstadts Häusern liegt ein ungenutztes

Potential von 7.000 Wohnungen, wie Huß sagte. „Daher brauchen wir ein Aufstockungsprogramm, um diese 7.000 Wohnungen zu realisieren.“ Zudem müssen Flächen, die von Anfang an den Bau von Hochhäusern erlauben, entsprechend genutzt werden. Doch „die Idee eines Hochhauses auf dem Marienplatz liegt noch immer ungenutzt auf dem Tisch oder in der Schublade“, beklagte Huß. Aber Darmstadt sei eine aufstrebende Großstadt und das dürfe auch in der Höhe der Wohngebäude sichtbar werden.

Eine Wohnungsbauoffensive in der Breite und in der Höhe kann eine dämpfende Wirkung auf die Mieten

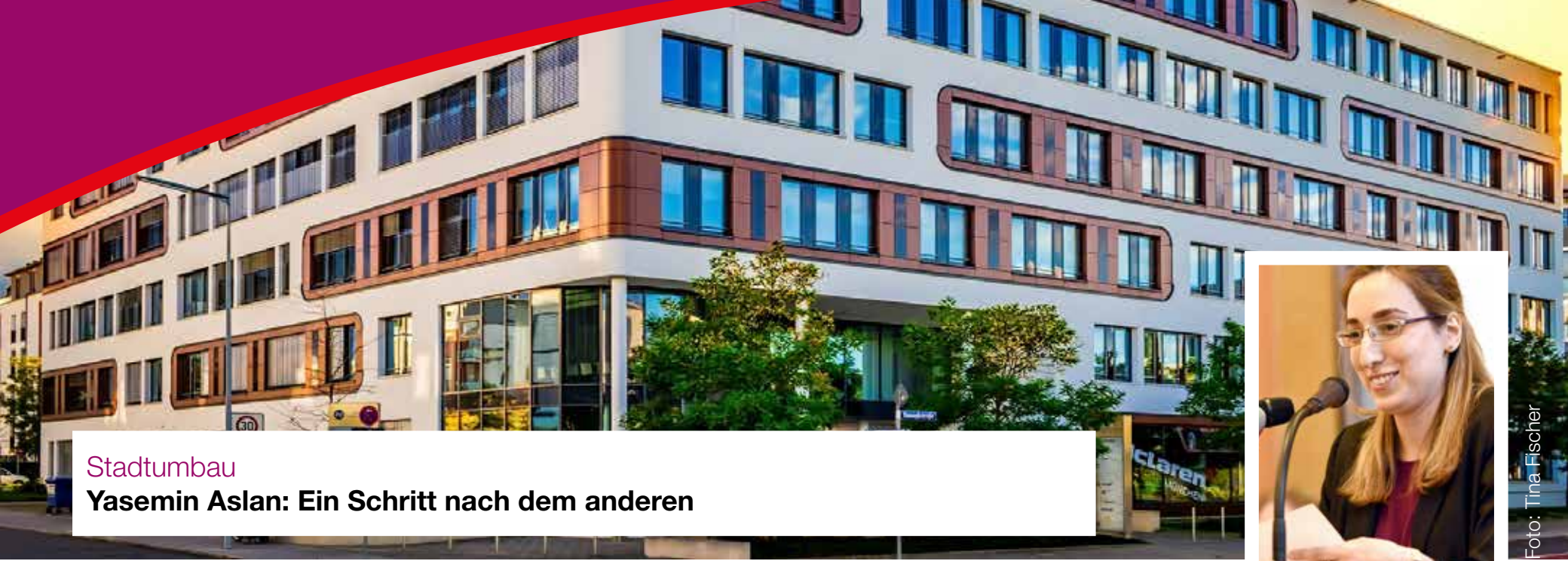




haben. „Das wird aber nicht reichen. Wir dürfen nicht vergessen, dass viele Menschen sich die ortsansässigen Mieten nicht leisten können“, erinnerte Huß. Daher ärgere es ihn auch, dass im Stadtparlament nun eine Vorlage beschlossen wurde, die die Gentrifizierung des Woogsviertels vorantreiben würde. „Immerhin hat die Stadt mit den Sozialquoten eine Initiative von uns übernommen, die dem entgegenwirkt. Wir brauchen aber noch mehr“, forderte unser Stadtverordneter. „Dort, wo keine neuen Wohnungen realisiert werden können, brauchen wir eine Milieuschutzsatzung.“ Mit einer solchen Satzung könnten gewachsene Sozialstrukturen geschützt und der Verdrängung von weniger starken Einkommensgruppen entgegengewirkt werden. Außerdem könne die Stadt in geschützten Gebieten von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen und so Wohnungen vor Spekulanten schützen. Im Woogsviertel sei das schon jetzt ein Problem.

Huß abschließend: „Die Versprechen, die Ziele von OB und Koalition sind schon jetzt kaum mehr zu erreichen. Mit dem jetzigen Tempo werden wir bis 2020 8.000 Wohnungen zu wenig bauen. Daher braucht es eine Wohnungsbauoffensive in der Breite und in der Höhe. In der Breite durch Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen und Konzeptvergaben. In der Höhe durch ein Aufstockungsprogramm und den Bau von Hochhäusern. Die Bezahlbarkeit kann durch Sozialquoten und eine Milieuschutzsatzung gesichert werden. Das ist ein rundes Konzept, ambitioniert und realistisch zugleich, und es wäre ein echter Meilenstein für die Wohnungspolitik in Darmstadt.“ (th/tf)





Stadtumbau

Yasemin Aslan: Ein Schritt nach dem anderen

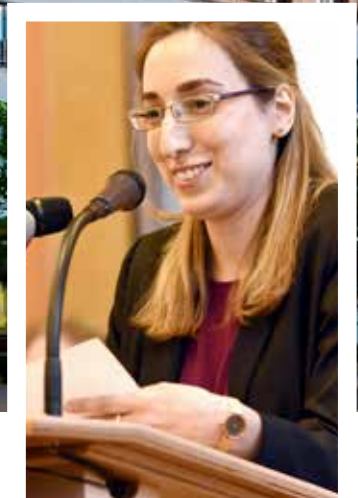


Foto: Tina Fischer

Neben dem Wohnen gehört das Parken zu den drängenden Problemen von Darmstadt. Eine Untersuchung der Situation im Kapellplatzviertel war uns zwar von Grün-Schwarz zugesagt worden, lässt aber bis heute auf sich warten. „Bevor wir mit dem ‚Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept‘ weitere Pläne für das Viertel fassen, möchten wir aber erst mal die Evaluation haben“, sagte Yasemin Aslan, unsere umweltpolitische Sprecherin. Wir lehnten das Entwicklungskonzept deshalb ab.

„Momentan gibt es im Kapellplatzviertel kein Parkraumbewirtschaftungskonzept für die Bewohner, sondern das, was Grün-Schwarz dort eingerichtet hat. Und das ist ein riesengroßer Parkplatz für alle“, schilderte Aslan. Anwohner erhalten zwar eine Aus-

nahmeregulierung zum Preis von 120 Euro jährlich, doch der Parkdruck bleibt, da Anwohner weiterhin mit Besuchern der Innenstadt um die Parkplätze konkurrieren. Deswegen stellt das Konzept in erster Linie kein Konzept für Anwohner dar.

Aslan verweist auf die Voruntersuchungen, die für dieses Viertel den Anteil des Verkehrs derjenigen, die von außerhalb kommend einen Parkplatz im Viertel suchen, auf 75 Prozent bezifferte. „Was wir wollen, ist in erster Linie eine Verkehrsberuhigung dieses Wohnviertels und ein echtes Konzept für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Das heißt: Echtes Anwohnerparken in bestimmten Straßen. Das heißt weiter: Parksuchverkehr fährt in bestimmte Straßen gar nicht erst hinein und das Wohnviertel erfährt insgesamt eine Beruhigung.“ Aufbauend auf der Evaluation

der aktuellen Situation könnte ein echtes Konzept erarbeitet werden, das ein solches Anwohnerparken beinhaltet und das Viertel vom Verkehr entlastet.

„Um vernünftig arbeiten zu können, braucht es aber erstmal die versprochene Auswertung. Ein Schritt nach dem anderen“, sagte Aslan. „Doch Grün-Schwarz will anders vorgehen. Das werden wir nicht mitgehen.“ (ya/ta)





Kinderbetreuung

Anne Marquardt: Aus unserer Sicht nicht tragbar

„Nein“ sagten wir zur Erhöhung der Krippengebühren. „Ein Aufschlag von 30 Euro für den acht-Stunden-, und von 50 Euro für den zehn-Stunden-Platz sind aus unserer Sicht nicht tragbar“, betonte Anne Marquardt, unsere sozialpolitische Sprecherin.

In ihrer Rede erinnerte Marquardt daran, dass auch „nur“ 30 Euro mehr oder weniger für Familien spürbar sind. „Hungern wird deswegen keiner müssen, aber 30 Euro, das sind zum Beispiel fünf Familienkarten am Woog, oder zweimal Eintritt für die ganze Familie ins Vivarium“, rechnete sie vor. Es ist eine Tatsache, wie Marquardt ausführte, dass Eltern nun zunächst tiefer in die Tasche greifen müssen. Daran ändere auch die von der verantwortlichen grün-schwarzen Stadtregierung oft betonte Transparenz und Nachvollziehbarkeit nichts. „Was hilft es

den Eltern denn jetzt im Moment, wenn sie wissen, dass sie am Ende der Kindergartenzeit Geld gespart haben, wenn sie dafür jetzt weniger Geld in der Haushaltskasse haben.“

Die Entscheidung, ob die Krippe bei höheren Kosten pro Stunde ebenso teuer wie der Kindergarten sein soll, ist für uns nicht nur eine mathematische oder haushalterische Frage. Es ist vor allem eine politische Frage, wie Marquardt betonte. „Wollen wir es fördern, dass Kinder eine Krippe besuchen, oder wollen wir es nicht?“ Die Schaffung des Rechtsanspruchs auf einen U3-Platz sei eine solche notwendige politische Entscheidung gewesen.

Hierbei geht es für uns nicht nur um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Eltern. Es geht ebenso um die päd-

agogisch sinnvolle und wünschenswerte Förderung von Kindern. Doch das neue Darmstädter Modell lässt die Bedürfnisse von Kindern außer Acht. Stattdessen zählt ausschließlich die Situation der Eltern: Können sie nachweisen, dass sie beide berufstätig oder in Ausbildung sind, übernimmt das Jugendamt die notwendigen Zukaufstunden in der KiTa. Können die Eltern diesen Nachweis nicht führen, muss das Kind auf weitere Förderung in der KiTa verzichten – auch, wenn dies sinnvoll wäre. „Es sollte hier genau geschaut werden: nicht nur auf die berufliche Situation der Eltern, sondern auch darauf, was das



Foto: Tim Hub





Kind braucht, um sich gut entwickeln zu können“, forderte Marquardt. Sie weiß darum, dass es bei den Zukaufstunden aktuell Probleme gibt und hofft, dass wenigstens das mit dem neuen flexiblen Modell besser wird. „Dann hätten wir zumindest einen positiven Effekt.“

Ein positiver Effekt wäre es zudem, wenn die schwarz-grüne Landesregierung nicht nur den Nulltarif für den sechsstündigen KiTa-Besuch einführen würde, sondern auch das nötige Geld hierfür den Kommunen zukommen ließe. Doch daran mangelt es. Marquardt: „Die 136 Euro pro Kind und Monat, die das Land pauschal als Ausgleich für den Einnahmeausfall den Kommunen erstattet, reichen hinten und vorne nicht.“ Landauf, landab berieten in diesen Tagen Kommunalparlamente über die Frage, an welcher Stellschraube sie drehen müssen, um das

vom Land verursachte Minus aufzufangen. Obendrein greifen CDU und Grüne erneut in den Topf der Kommunen, um dann „Geschenke“ zu verteilen. Unsere Landtagsfraktion dagegen hatte ein KiTa-Gesetz vorgelegt, das Eltern entlastet, Kommunen nicht mit den Kosten alleine lässt und gleichzeitig die Qualität der Kinderbetreuung verbessert. Die Gebührenfreiheit wäre dann nicht an den Kommunen hängen geblieben, sondern aus dem Länderfinanzausgleich finanziert worden. Der bescherte Hessen nämlich deutlich bessere Einnahmen, als ursprünglich angenommen. „Das hätte eine Entlastung der Kommunen, eine Entlastung der Eltern und eine Verbesserung für die Kinder bedeutet“, sagte Marquardt. (am/tf)



Foto: Tim Hub



kurz gefragt & schnell beantwortet | Bürgersprechstunde Arheilgen

„Kehrst Du noch? Oder zahlst Du schon? Grün-Schwarz bittet erneut zur Kasse. Diesmal für's Straßenfegen“, unter diesem Titel hatte unser Fraktionschef, Michael Siebel, Anfang März die erste Bürgersprechstunde dieses Jahres angeboten. Wegen der großen Resonanz gab er Mitte April eine zweite Sprechstunde in Arheilgen. Denn die Verärgerung der Bürger hält an. Die Fragen, die sie bewegen, reichten wir beim Magistrat ein. Die Antworten erhielten wir im Rahmen der Fragestunde während der Stadtverordnetenversammlung.

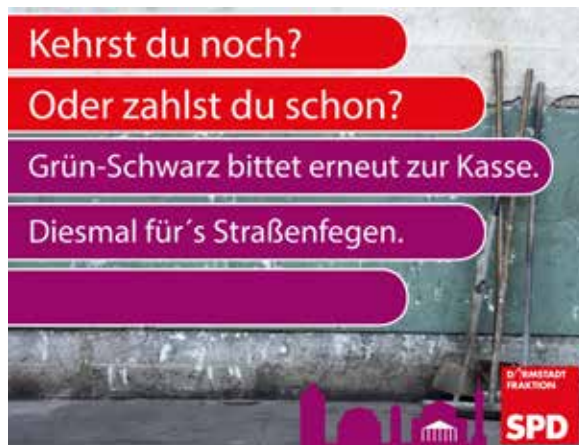


Ursula Knechtel: „Wie viele weitere Meter werden nach in Kraft treten der neuen Straßenreinigungssatzung im Vergleich zur vorherigen Satzung durch den EAD gereinigt?“ Zusatz: „Wie hoch sind hierfür die Aufwendungen und die Einnahmen?“

Stadtkämmerer André Schellenberg: „Nach Inkrafttreten der neuen Straßenreinigungssatzung werden im Vergleich zur vorherigen Satzung weitere 65 km Reinigungslänge pro Woche gereinigt. Zuvor waren es 950, jetzt sind es 1.015 Kilometer.

Die kalkulierten Gesamtkosten für die Reinigung aller in der öffentlichen Straßenreinigung befindlichen Straßen, bzw. Straßenabschnitte werden durch alle ermittelten gebührenrelevanten Frontmeter geteilt. Somit lässt sich ein einheitlicher Gebührensatz für alle Bürgerinnen und Bürger der Wissenschaftsstadt Darmstadt ermitteln. Der aktuelle Gebührensatz beläuft sich auf 6,72 Euro pro laufenden Meter im Jahr.

Durch die weiteren 65.000 Meter ergeben sich somit Zusatzeinnahmen von jährlich rund 420.000 Euro. Wie hoch die Aufwendungen hierfür sind, haben wir nicht berechnet, weil wir keine Kosten-Leistungsrechnung aufstellen. Wenn wir so viel rechnen würden, kämen wir nicht zum Straßenreinigen.“



kurz gefragt & schnell beantwortet | Bürgersprechstunde Arheilgen



Yasemin Aslan: „Ist dem Magistrat bekannt, dass die Mülleimer an der Frankfurter Landstraße regelmäßig überquellen und was gedenkt er gegebenenfalls dagegen zu tun?“

Stadtkämmerer André Schellenberg: „Die Frankfurter Landstraße wurde am 01.01.2018 in die öffentliche Straßenreinigung aufgenommen und wird seitdem vom Eigenbetrieb für kommunale Aufgaben und Dienstleistungen (EAD) satzungsgemäß gereinigt.

Dementsprechend reinigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des EAD zweimal wöchentlich die öffentlichen Abfallkörbe in der Frankfurter Landstraße. Zusätzlich reinigt der EAD jeden Samstag die dort befindlichen Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs und entleert die öffentlichen Papierkörbe, insbesondere an den öffentlichen Plätzen wie zum Beispiel dem Löwenplatz.

Darüber hinaus werden im gesamten Stadtgebiet sukzessive weitere Papierkörbe im öffentlichen Raum aufgestellt, um der Vermüllung im öffentlichen Raum entgegen zu wirken. In der Nähe der Freiwilligen Feuerwehr Arheilgen und im nördlichen Teil der Frankfurter Landstraße hat der EAD 2018 jeweils einen neuen Papierkorb aufgestellt.“



Tim Huß: „Gibt es - über die bislang vorläufig vorliegende erste verkehrsplanerische Einschätzung hinaus - weitere, neue Erkenntnisse über die verkehrlichen Auswirkungen der Neuansiedlung eines Aldi-Marktes mit 15 Wohneinheiten im Ortskern von Arheilgen?“ Zusatz: „Wann ist mit den Ergebnissen der verkehrlichen Untersuchung zu rechnen?“

Baudezernentin Dr. Barbara Boczek: „Bislang liegt dem Stadtparlament eine „überschlägig verkehrliche Bewertung“ vom 12. Februar 2018 vor. Weitere neue Erkenntnisse gibt es derzeit nicht. Das Verkehrsgutachten und andere Gutachten werden im Rahmen des Bauleitplanverfahrens erstellt. Die Ergebnisse werden bei der Erstellung des Bebauungsplanentwurfs berücksichtigt.“



kurz gefragt & schnell beantwortet | Bürgersprechstunde Arheilgen



Santi Umberti: „Ist es möglich, die Schaltung der Ampel an der Frankfurter Landstraße, Höhe Autohaus Renker, so zu modifizieren, dass sich die Rotphase für den motorisierten Individualverkehr verkürzt?“

Baudezernentin Dr. Barbara Boczek: „Die Ampelanlage Frankfurter Landstraße / Virchowstraße wurde im Jahr 2002 im Zuge des zweigleisigen Ausbaus der Straßenbahnstrecke in Darmstadt-Arheilgen errichtet und mit der auch derzeit noch eingesetzten Schaltweise ausgestattet. Grundlage der Planung war damals das Prinzip der dynamischen Straßenraumfreigabe auf der Frankfurter Landstraße in Arheilgen. Dieses Prinzip zur Beschleunigung des

ÖPNV beruht statt des bis dahin angewendeten Prinzips der räumlichen Trennung zwischen ÖPNV und Individualverkehr auf dem neuen Denkansatz der zeitlichen Trennung zwischen den beiden Verkehrsarten.

Nur durch Einsatz dieser zeitlichen Trennung des Individualverkehr und ÖPNV, bei dem die Straßenbahn grundsätzlich als Pulkführer den Streckenzug befährt, war es möglich, das zweite Straßenbahngleis in Arheilgen zu realisieren. Das Prinzip war zwingende Voraussetzung für eine Förderung der Maßnahme nach dem Gemeinde-Verkehrs-Finanzierung-Gesetz (GVFG) und war auch Bestandteil der damaligen Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung.

Am Knotenpunkt Frankfurter Landstraße / Virchowstraße fährt die Straßenbahn aus dem eigenen Gleiskörper in den gemeinsam genutzten Straßenraum der Frankfurter Landstraße ein. Da sie ab hier als Pulkführer fahren muss, muss an dieser Kreuzung der Individualverkehr künstlich zurückgehalten werden.

Somit muss signaltechnisch durch verkürzte Grünphasen des Abbiegerfahrstreifens nach Arheilgen dafür gesorgt werden, dass die Verkehrsmenge auf der Frank-

furter Landstraße bestimmte Grenzwerte nicht übersteigt. Der Individualverkehr soll an dieser Stelle auf die B3 abgeleitet werden.

Aktuelle Überprüfungen der Signalprogramme haben gezeigt, dass es in besonderen Verkehrssituationen zeitweise zu überlangen Wartezeiten für den Individualverkehr kommen kann. Das Straßenverkehrs- und Tiefbauamt versucht aktuell durch geringfügige Anpassungen der Signalsteuerung die Dauer der Rotphase zu verkürzen.

Das kann jedoch nur in geringem Umfang erfolgen, da ansonsten die Wirkung des geschilderten Funktionsprinzips der dynamischen Straßenraumfreigabe zur Beschleunigung des ÖPNV gefährdet würde. Für die Stadt Darmstadt hätte das eine Rückzahlung der erhaltenen Zuschussmittel zur Folge.“

Zusatzfrage, Michael Siebel: „Haben Sie schon mal versucht, jemandem in Arheilgen diesen Sachverhalt zu erklären?“

Baudezernentin Dr. Barbara Boczek: „Bislang bin ich noch von niemandem aus Arheilgen gefragt worden. Es gab auch keine schriftlichen Beschwerden.“



kurz gefragt & schnell beantwortet | Kultur



Die Stadtverordneten Dagmar Metzger und Klaus Uebe nutzten die Fragestunde, um Antworten auf zwei Fragen im Kulturbereich unserer Stadt zu erhalten.

Auf die Frage von Dagmar Metzger, wann mit der Eröffnung des bereits im Februar 2017 angekündigten neuen Museums zur Geschichte der Sinti und Roma im „Langen Bäuchen“ am Friedensplatz zu rechnen ist, teilte Oberbürgermeister Jochen Partsch mit, dass die geplante Übernahme des Gebäudes in Erbpacht oder ein Kauf von dem Besitzer, Landgraf Donatus von Hessen, gescheitert sei. Diese Antwort kam überraschend und völlig unerwartet. Hatte doch OB Partsch im Darmstädter Echo vom 15. Februar 2017 verkündet: „Das ‚Lange Bäuchen‘ am Darmstädter Friedensplatz wird zum Sitz des neuen Museums.“ Es sei ein sehr guter Platz und nach Gesprächen des Verbandes Deutscher Sinti und Roma, des Landes und der Stadt mit Donatus Prinz von Hessen sei das Haus Hessen nun jedoch auf den Wunsch eingegangen, das eingeschossige Gebäude für die Museumsnutzung zu vermieten.



Alles sah also danach aus, dass das Museum einen Standort gefunden hat und alles in „trockenen Tüchern“ ist. Wie wir jetzt aber erfahren mussten, ist das vollmundig angekündigte Museum an diesem Standort nicht mehr zu realisieren. Die Stadt sucht nunmehr wieder intensiv nach einer

neuen Liegenschaft, die zentral liegen soll und finanzierbar sein muss. Die Verfügbarkeit geeigneter Immobilien ist jedoch stark eingeschränkt. Die Suche nach einem Standort muss aber vorangetrieben werden, weil sonst droht, dass bereitstehende Landesmittel verfallen.

Auf die Frage von Klaus Uebe zum Nutzungskonzept für das „Waben“ auf dem Friedensplatz erhielten wir die Antwort, dass das „Institut für Neue Technische Form“ (INTEF), das älteste deutsche Designerzentrum, im November 2017 in das Erdgeschoss und Obergeschoss des Waben zur Zwischennutzung eingezogen sei. Im Untergeschoss sei der Verein „Feierabendprofis e.V.“ eingezogen, der sich um die Betreuung Jugendlicher außerhalb der üblichen Fankultur des SV 98 kümmert. Diese Zwischennutzungen sollen bis zur endgültigen Klärung der Raumfrage für das INTEF bestehen bleiben. Im Zuge des Wettbewerbs zur Bebauung des Osthangs der Mathildenhöhe wird laut Auskunft des Oberbürgermeisters eine dauerhafte Heimat für das INTEF dort angestrebt. Dies kann aber sicherlich noch zwei bis drei Jahre dauern. Erst dann wird entschieden, was aus dem Waben wird.



kurz gefragt & schnell beantwortet | Digitales Leben



Anne Marquardt: „Wie flächendeckend sind in Darmstadt Glasfaserkabel verlegt und wie viele Haushalte sind daran angeschlossen?“

OB Jochen Partsch: „Es wird explizit nach Glasfaser gefragt. Die Verbreitung von Glasfaserkabel kann nicht beziffert werden, da das verwendete Material vom Netzanbieter festgelegt wird und nicht preisgegeben wird. In Darmstadt besteht ein Mix aus:

1. Glasfaser bis zu den Verteilerkästen, danach Kupferkabel, das mit einer Vectoringtechnik störungsfrei gemacht wird bis in die Häuser;

2. Glasfaserkabel bis in die Wohnungen (FTTH = Fiber to the Home) ist derzeit noch zu teuer, um den Bestand umzurüsten, wird bei Neubauten, wie der Lincoln-Siedlung, verwendet und es ist gemäß MV Ziel bis 2040 flächendeckend umzurüsten.

3. Koaxialtechnologie, die von Unity Media genutzt wird, die weite Teile Darmstadts versorgen;

4. ergänzend Funktechnologie.

Der Stand der Versorgung / Festnetzgebundene IT-Infrastruktur:

Zur fundierten Erfassung der Versorgung mit festnetzgebundener IT-Infrastruktur wurde eine gesamtstädtische Breitbandanalyse mit Mitteln des Bundes durchgeführt. Im Rahmen dieses Verfahrens wurden alle im Projektgebiet aktiven Netzbetreiber aufgefordert, ihre aktuelle Versorgung im Download und Upload sowie die Ausbaupläne für die nächsten drei Jahre im Gebiet der Wissenschaftsstadt Darmstadt offenzulegen.

Das Stadtgebiet ist fast flächendeckend auf NGA-Niveau (30 Mbit/s im Download) versorgt = 95,1 % der Anschlüsse. Unerlässlich scheint es jedoch zur Zeit, die

Themen aus dem Digitalstadt-Projekt, die Ausbaupläne des stadt-eigenen Netzes zur Versorgung der öffentlichen Gebäude, die Erschließung der Konversionsareale, usw. nicht isoliert vom Festnetzausbau nach den Erkenntnissen der Breitbandprojekte zu gestalten. Die Maßnahmen sind gebündelt zu behandeln und eine übergeordnete Strategie zu entwickeln.

Das bisherige Ziel zur Versorgung der Stadt, festgelegt durch Magistratsbeschluss zum Ausbau Wixhausen und der Breitbandanalyse, ist eine flächendeckende Breitbandversorgung mit mindestens 50 Mbit/s bis zum Jahr 2018. Zur Erreichung dieses Ziels sind noch 18,1 % des Stadtgebietes mit neuer Technologie zu versehen. Nach durchgeführter eingehender Analyse der aktuellen Versorgungsstände und der Versorgungsperspektiven wird die eigentliche Projektumsetzung zum Aufbau einer flächendeckenden, zukunftsfähigen, hochleistungsfähigen Breitbandinfrastruktur initiiert. Hierzu wurde eine Magistratsvorlage „Darmstädter Breitbandstrategie und Ausbauhilfe für unterversorgte Gebiete – Ausschreibung mit öffentlicher Förderung (MV 2018/0092) gestern (16.05.2018) im Magistrat beschlossen.“

Zusatzfrage, Michael Siebel: „Wie viele Haushalte in der Lincoln-Siedlung werden angeschlossen?“

OB Jochen Partsch: „Alle. Geplant sind 2.000 Haushalte, das heißt, es werden 2.000 Haushalte angeschlossen.“



kurz gefragt & schnell beantwortet | Digitales Leben



Oliver Lott: „Welche Projekte setzt die Stadt derzeit aus dem Förderprogramm Digitale Stadt um und in welcher Phase sind sie?“

OB Jochen Partsch: OB Jochen Partsch: „Das Land Hessen hat der Wissenschaftsstadt Darmstadt eine Fördersumme in Höhe von 5 Mio. Euro zugesagt. Der Förderantrag wurde von der Wissenschaftsstadt Darmstadt am 12.03.2018 gestellt. Der Förderantrag befindet sich nach wie vor in Prüfung. Mit einem Bewilligungsbescheid kann nach aktuellem Stand Ende Mai gerechnet werden.

Für die Aufnahme in den Förderantrag kamen nur Projekte ohne Gewinnerzielungsabsicht in Frage. Öffentliche Fördergelder dürfen nicht dazu dienen, Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Es ist dennoch gelungen, Projekte aus nahezu allen Projektbereichen des Digitalstadt Darmstadt Projektes in einem ausgewogenen Verhältnis in den Förderantrag aufzunehmen.

Die in Aussicht gestellten weiteren 5 Mio. EFRE-Fördermittel stehen ausschließlich Forschung/Wissenschaft und kleineren mittelständischen Unternehmen zur Verfügung. Weder die Wissenschaftsstadt Darmstadt, die Digitalstadt Darmstadt GmbH noch Unternehmen der Stadtwirtschaft sind antragsberechtigt. EFRE-Fördermittel stehen ausschließlich Forschung/Wissenschaft und kleineren mittelständischen Unternehmen zur Verfügung. Um diese Mittel in Anspruch nehmen zu können, suchen wir noch Partner. Hierzu findet am 28.05.2018 in Kooperation mit der IHK,

DigitalesHessen, House of IT und IT for work eine Infoveranstaltung im HUB 31 statt.

Die Digitalisierungsprojekte haben verschiedene Entwicklungsstände und aufgrund ihrer Komplexität auch unterschiedliche Umsetzungslaufzeiten. Zu fast allen Projekten gibt es erste Überlegungen, viele befinden sich bereits in der Konzeptionsphase.“

Die Vorhabenliste aus der Landesförderung:

IT-Infrastruktur	Smart Lighting / Smart Lampposts (Verbindung zu Mobilität und Handel)
Handel	Digitales Schaufenster – Online-Handelsplattform im Baukastenprinzip Darmstadt APP Digitaler Darmstadt Shop Multimediakonzept Handel + Tourismus
Energie Umwelt	Smart Meter Smart Home Technology für Zoo Vivarium Einsatz von Sensoren im Bereich der städtischen Infrastruktur der Daseinsvorsorge, insbesondere von Füllstandssensoren in der Abfallentsorgung und Umweltsensoren

weiter auf der nächsten Seite.





kurz gefragt & schnell beantwortet | Digitales Leben

Cybersicherheit	Starke Verschlüsselung aller Daten (Anmeldung, Übertragung und Kommunikation mit den Daten, Speichern, Datensicherung)
Datenplattform	Datenplattform
Sicherheit	Lagedarstellung über Drohnen, Videokameras und Bodycams
Mobilität	Sensoren in Signalanlagen Öffentliches WELAN in Bussen und Straßenbahnen Aufbau Umweltsensornetz Autonom fahrende Minibusse Smart Parking
Gesellschaft	Qualitätsmanagement Lichtsignalanlagen Zugang zu digitalen Medien für Menschen mit Benachteiligungen (Inklusion) Aufbau Stadtlabor / Ausbau FabLabs / Durchführung von Barcamps/Events/Hackathons zu digitalen Themen im Stadtlabor Datenvisualisierung / Arbeiten an mobilen Modellen vor Ort / Interaktive Stadtmodelle W-LAN-Bänke in Stadtteilen
Verwaltung	Darmstadt APP GovBot
Bildung	Modellprojekt Digitale Schule 2020 Haus der digitalen Medienbildung Digitale Bildungslandkarte Schüler*innenprojekte Eltern-Informationsplattform Schule

Gesundheit	Online-Check-in ins Klinikum Darmstadt Vernetzung der Patienten(daten) mit KHS und Gesundheitsdienstleistern Up- und Download von Befunden Digitale Gebäude-Navigation im Klinikum Darmstadt
------------	---

Zusatzfrage Oliver Lott: „Wird die Liste auch irgendwo veröffentlicht, wo die Bürger sie einsehen können?“

OB Jochen Partsch: „Veröffentlicht wird es auf der Homepage der Digitalstadt und wir haben vor, im September einen Workshop durch zu führen. Außerdem wird künftig regelmäßig im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft, den wir in Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Wissenschaft und Digitalisierung umbenennen wollen, berichtet.“

Zusatzfrage Oliver Lott: „Handelt es sich bei den Kosten für die E-bay Händler um eine pro bono Leistung?“

OB Jochen Partsch: „Nach meiner Kenntnis ist es eine pro bono Leistung.“





kurz gefragt & schnell beantwortet | Soziales



Sabine Heilmann: „Wie viele der insgesamt 405 bei der Wissenschaftsstadt Darmstadt beschäftigten Erzieher_innen in der Entgeltgruppe 8a sind aktuell in den jeweiligen Stufen (1 bis 6) dieser Entgeltgruppe beschäftigt?“ Zusatz: „Wie viele und welche Höherstufungen werden 2018 erfolgen?“

OB Jochen Partsch:

„In der Entgeltgruppe S 08 a sind aktuell 372 Personen beschäftigt.“

Davon:

- 6 Beschäftigte in der Stufe 1 (1,6%)
- 89 Beschäftigte in der Stufe 2 (23,9%)
- 92 Beschäftigte in der Stufe 3 (24,7%)
- 73 Beschäftigte in der Stufe 4 (19,6%)
- 36 Beschäftigte in der Stufe 5 (9,7%)
- 76 Beschäftigte in der Stufe 6 (20,4%)

Folgende Stufenaufstiege stehen 2018 an:

- Stufe 1 5 Stufenaufstiege
- Stufe 2 20 Stufenaufstiege
- Stufe 3 7 Stufenaufstiege
- Stufe 4 9 Stufenaufstiege
- Stufe 5 3 Stufenaufstiege
- Stufe 6 0 Stufenaufstiege“

